

Merz ist der neue Habeck



Von **Dorothea Siems**
Chefökonomin

Veröffentlicht am 14.11.2025 | Lesedauer: 3 Minuten



Bundestkanzler Friedrich Merz bei der Pressekonferenz zum
Stahlgipfel im Bundeskanzleramt

Quelle: action press/Bernd Elmenthaler/Future Image

Der Bundeskanzler hat beim Stahlgipfel der Krisenbranche ein Rundrum-Sorglos-Paket versprochen. Die Eingriffe gehen sogar über die Planwirtschaft von Robert Habeck hinaus. Für den Steuerzahler sind die Folgen ruinös.

Friedrich Merz gibt den Retter in der Not. Der Bundeskanzler tagte beim „Stahlgipfel“ in dieser Woche mit Konzernchefs, Gewerkschaftern und Ministerpräsidenten, um über Hilfen für die krisengebeutelte Branche zu sprechen. Dabei durfte auch der Bundesfinanzminister nicht fehlen. Schließlich ging es nicht nur, aber doch vor allem um Geld, um sehr viel Geld.

Denn der CDU-Chef erfüllt den Stahllobbyisten selbst solche Wünsche, die der frühere Wirtschaftsminister Robert Habeck auf einer ähnlichen Veranstaltung vor gut einem Jahr noch voller Bedauern aus Geldmangel abschlagen musste. Die Schuldenbremse stand damals weiteren Subventionen für die zuvor von dem Grünen bereits mit Milliardensummen bedachte Industrie entgegen.

Heute ist das anders. Die Schuldenbremse ist ausrangiert. Und Merz verwirklicht Habecks kühnste Stahl-Träume. So umfassend, wie jetzt von Merz versprochen (<https://www.welt.de/wirtschaft/video690ca47ab035f3184cc841ee/nach-stahlgipfel-friedrich-merz-informiert-ueber-ergebnisse-des-treffens-mit-industrievertretern.html>), ist hierzulande noch keine Branche vor den rauen Winden des Marktes geschützt worden. Die Stahlproduktion ist enorm energieintensiv und deshalb in Deutschland mit seinen weltspitzenmäßigen Strompreisen nicht wettbewerbsfähig. Und dieser Standortnachteil wird künftig infolge der Energiewende absehbar immer größer.

Die Bundesregierung kündigte jüngst einen subventionierten Industriestrompreis für die energieintensiven Industrien an, zu denen auch die Chemie- oder Aluminiumhersteller zählen. Die Stahllobby verlangte mehr und erhält nun zusätzlich auch noch eine weitaus wirksamere „Strompreiskompensation“. Damit nicht genug. Parallel zu diesen neuen Beihilfen laufen Habecks Klimaschutzverträge weiter: Um die Konzerne zu motivieren, klimaneutral zu produzieren, gewährt der Staat ihnen Milliardenzuschüsse. Allerdings basiert die Idee vom „grünen Stahl“ auf der Verwendung von bezahlbarem Wasserstoff. Und der Bundesrechnungshof hat die Nationale Wasserstoffstrategie angesichts der zu erwartenden Kosten für gescheitert erklärt. Die Steuermilliarden für Habecks grünen Stahl fließen dennoch. Und künftig gibt es obendrauf jetzt also noch üppige Beihilfen für die herkömmliche Produktion.

Um die Nachfrage für den subventionierten deutschen Stahl anzukurbeln, verspricht Merz überdies „einen wirksamen Außenhandelsschutz“. Denn die weltweit steigende Überproduktion sorgt für harte Konkurrenz. Vor allem China, der mit Abstand größte Stahlproduzent, soll mit hohen „Antidumping-Zöllen“ auf dem europäischen Markt zurückgedrängt werden. Um das Rundum-sorglos-Paket komplett zu machen, will der Kanzler zudem heimischen Stahl bei der öffentlichen Auftragsvergabe in Zukunft bevorzugen. Die neuen Schuldentöpfe für Verteidigung und Infrastruktur bieten der Krisenbranche großartige Geschäftsmöglichkeiten. Entsprechend euphorisch waren die Kommentare der Stahlbosse und Gewerkschafter über das Ergebnis: „Aus allen Perspektiven“ habe man auf die existenzbedrohte Lage der Stahlindustrie geblickt und ein gutes Paket geschnürt.

Das ist mitnichten der Fall. Keineswegs alle von dieser Gipfelpolitik Betroffenen waren im Kanzleramt zugegen. Wer vertrat die Steuerzahler, die für die horrenden Subventionszusagen haften? Was ist mit den Handwerkern und Familienunternehmern, denen nicht einmal die versprochene Stromsteuersenkung gewährt wird? Die gesamte deutsche Wirtschaft leidet unter miesen Standortbedingungen. Und das Stahlpaket droht die Lage für viele andere Industrien noch zu verschlechtern. Denn Pekings Reaktion auf EU-Strafzölle dürften deutschen Autokonzernen und Maschinenbauern schlecht bekommen.

Der Gesamtpreis zum Erhalt von rund 80.000 Arbeitsplätzen ist ruinös. Die deutsche Stahlindustrie ist für die deutsche Wirtschaft keineswegs systemrelevant. In der EU gibt es kostengünstigere Standorte, etwa in Frankreich, wo der Atomstrom für eine bezahlbare und sichere Energie sorgt. Von jeher gedieh die Stahlindustrie nur dort, wo dieser entscheidende Produktionsfaktor gegeben ist. In Deutschland ist das leider nicht mehr der Fall.

Dorothea Siems ist Chefökonomin von WELT und WELT am SONNTAG.